Frankreich stoppt Windkraft: Schutz für Mensch & Natur

Es ist ein Paukenschlag aus Frankreich, der weit über die Landesgrenzen hinaus hallt: Das französische Parlament hat beschlossen, sämtliche neuen Genehmigungen für Windkraft- und Solarparks vorerst zu stoppen. Dieser Schritt kommt überraschend, aber er ist überfällig – und ein Signal, das auch Deutschland ernst nehmen sollte. Denn was seit Jahren von vielen Bürgern, Wissenschaftlern und Umweltschützern kritisiert wird, scheint in Frankreich nun erstmals politisch Gehör zu finden.

Grund für das Moratorium ist der zunehmende Druck aus der Bevölkerung. Immer mehr Menschen spüren, dass der massive Ausbau erneuerbarer Energien nicht nur Vorteile bringt. Im Gegenteil: Die sogenannten „grünen“ Technologien haben in den vergangenen Jahren massive Spuren in Natur, Landschaft und Lebensqualität hinterlassen. Windräder, einst als Hoffnungsträger gefeiert, sind vielerorts zu Symbolen der Entfremdung geworden. Riesige Konstruktionen ragen in die

Landschaft, prägen ganze Regionen und zerstören dabei nicht selten Lebensräume, die über Jahrzehnte gewachsen sind. Wälder werden gerodet, um Platz für neue Anlagen zu schaffen. Böden werden verdichtet, Biotope unwiederbringlich zerstört.

Nicht nur die Natur leidet, auch die Menschen selbst. Besonders in ländlichen Regionen wird die Belastung durch Windräder immer deutlicher spürbar. Viele Anwohner berichten über Dauerlärm, Infraschall, Schattenschlag und gesundheitliche Beschwerden wie Schlafstörungen oder Kopfschmerzen. Die Nähe mancher Anlagen zu Wohnhäusern ist erschreckend – teils stehen sie in wenigen Hundert Metern Entfernung. Hinzu kommt der wirtschaftliche Schaden: Immobilien verlieren an Wert, Tourismus bricht ein, Menschen fühlen sich übergangen und ausgeliefert.

Auch der Tierwelt setzen die Anlagen enorm zu. Jahr für Jahr sterben zehntausende Vögel durch Kollisionen mit Rotorblättern. Besonders betroffen sind Greifvögel, die ihre Flugbahnen nicht an die künstlichen Hindernisse anpassen können. Fledermäuse, die auf bestimmte Jagdgebiete angewiesen sind, verschwinden, weil sie den durch Windräder erzeugten Druckunterschieden nicht standhalten können. Ganze Populationen gehen verloren – still, fast unbemerkt und doch dramatisch.

Doch nicht nur Windkraftanlagen stehen in der Kritik. Auch der Ausbau von Photovoltaik – insbesondere in Form großer Solarparks – hat seine Schattenseiten. Immer mehr fruchtbare Ackerflächen werden für riesige Anlagen versiegelt. Was früher der Nahrungsmittelproduktion diente, wird nun mit Metall und Glas überzogen. Besonders in Zeiten geopolitischer Spannungen und wachsender Unsicherheit bei der Lebensmittelversorgung wirkt dieser Trend geradezu paradox. Die Versiegelung von wertvollem Boden ist ein Eingriff in die Zukunftsfähigkeit ganzer Regionen – und wird dennoch mit dem Etikett „nachhaltig“ versehen.

Das französische Moratorium markiert hier eine dringend notwendige Zäsur. Zum ersten Mal steht nicht der blinde Fortschrittsglaube im Vordergrund, sondern die Frage nach den realen Folgen. Ziel ist eine umfassende Folgenabschätzung, eine ehrliche Bewertung der ökologischen, gesundheitlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen des Erneuerbaren-Ausbaus. Genau das, was Kritiker seit Jahren fordern: keine Politik nach Bauchgefühl, sondern nach Fakten.

Begleitet wurde die Abstimmung von einem politischen Paukenschlag: Die Fraktion des Rassemblement National brachte zeitgleich einen Antrag ein, das 2020 stillgelegte Atomkraftwerk Fessenheim wieder ans Netz zu nehmen. Auch wenn dieser Vorstoß schnell von der Atomaufsicht abgeschmettert wurde – das Kraftwerk ist inzwischen technisch weitgehend abgebaut und ein Wiederanlauf ist kaum realisierbar – verdeutlicht der Vorstoß doch eines: Die Debatte um Energieversorgung ist in Bewegung geraten. Es gibt wieder Alternativen, Diskussionen, ein Ringen um Wege statt das monotone Mantra vom „alternativlosen“ Ausbau.

Dass der Beschluss überhaupt zustande kam, lag auch an der Zusammensetzung des Parlaments zum Zeitpunkt der Abstimmung. Ein Bündnis aus den Republikanern und dem Rassemblement National brachte genügend Stimmen zusammen, während viele Abgeordnete der Regierung und linker Parteien nicht anwesend waren. Ein politischer Zufall vielleicht – aber einer, der einen echten Wandel auslösen könnte.

Was Frankreich hier tut, ist kein Rückschritt. Es ist ein Innehalten. Ein Nachdenken. Ein notwendiger Moment der Besinnung in einer Debatte, die viel zu lange von technokratischer Alternativlosigkeit geprägt war. Wer wirklich die Umwelt schützen will, darf sie nicht durch gigantische Industrieanlagen im grünen Gewand zerstören. Nachhaltigkeit bedeutet, Mensch und Natur in Einklang zu bringen – nicht, sie gegeneinander auszuspielen.

Frankreich zeigt, dass es auch anders geht. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss demokratisch legitimiert, ökologisch verträglich und sozial gerecht sein. Es darf nicht darum gehen, möglichst viele Anlagen in möglichst kurzer Zeit zu errichten. Es muss darum gehen, die richtigen Entscheidungen für eine lebenswerte Zukunft zu treffen – mit Weitsicht, Augenmaß und Rücksicht.

Doch der Widerstand gegen Wind- und Solarparks speist sich nicht nur aus Umwelt- und Gesundheitsaspekten. Auch ökonomisch gerät der Ausbau zunehmend in die Kritik. Immer mehr Kommunen berichten von fehlender Wertschöpfung vor Ort. Die Gewinne fließen meist an überregionale Investoren oder große Energiekonzerne, während die betroffenen Gemeinden mit den Lasten allein gelassen werden. Das versprochene „Teilhabe-Modell“ für Bürger funktioniert in der Praxis oft nicht. Die Einnahmen sind gering, der Einfluss auf Standortentscheidungen noch geringer.

Hinzu kommt ein Thema, das bislang viel zu wenig beachtet wird: die Material- und Rohstofffrage. Windräder, insbesondere Offshore-Anlagen, benötigen riesige Mengen an Beton, Stahl und seltenen Erden – etwa für Permanentmagnet-Generatoren. Diese Rohstoffe stammen oft aus Ländern mit fragwürdigen Umwelt- und Sozialstandards. Der „grüne“ Strom ist also häufig nur vordergründig sauber, während anderswo Umweltzerstörung, Ausbeutung und Kinderarbeit an der Tagesordnung stehen. Ein grünes Gewissen auf dem Rücken anderer – das kann keine nachhaltige Zukunft sein.

Auch die Entsorgung wird zum Problem: Erste Windparks erreichen bald das Ende ihrer Lebensdauer. Doch was passiert mit den riesigen Rotorblättern, die aus Verbundstoffen bestehen und kaum recycelbar sind? Schon heute türmen sich ausgediente Blätter auf Deponien – ein wachsender Berg ungelöster Entsorgungsprobleme. Von einem echten „Kreislauf“ kann keine Rede sein.

Ein weiterer kritischer Punkt ist die Volatilität dieser Energiequellen. Wind- und Sonnenstrom stehen nicht zuverlässig zur Verfügung, sondern nur, wenn das Wetter mitspielt. Das zwingt die Netzbetreiber zu massiven Eingriffen ins Stromsystem – mit hohen Kosten. Gleichzeitig müssen konventionelle Kraftwerke – oft Gaskraftwerke – als Reserve vorgehalten werden. Der sogenannte „Zappelstrom“ bringt also keine Versorgungssicherheit, sondern macht das System anfällig, teuer und instabil.

Auch auf internationaler Ebene wird diese Diskussion lauter. In Skandinavien, Italien, Spanien und den USA mehren sich Stimmen, die einen „Green Deal“ nicht als Freifahrtschein für Großindustrie im Namen der Ökologie sehen wollen. Viele dieser Länder setzen nun verstärkt auf echte Innovation: dezentrale, bedarfsgerechte Systeme, Speichertechnologien und den sparsamen Umgang mit Ressourcen statt Flächenverbrauch im Gigawattmaßstab.

Die große Frage lautet: Wollen wir wirklich unsere letzten unberührten Landschaften opfern – für Technologien, die selbst erhebliche Nebenwirkungen haben? Oder brauchen wir eine neue Debatte darüber, wie eine wirklich nachhaltige Energiewende aussieht? Frankreich hat einen mutigen Schritt gewagt. Vielleicht ist es Zeit, auch bei uns nicht länger die Augen zu verschließen.

Quellen:

https://www.francesoir.fr/politique-france/l-assemblee-un-moratoire-sur-les-eoliennes-et-panneaux-solaires-seme-la-zizanie

https://www.lemonde.fr/energies/article/2025/06/19/un-moratoire-sur-l-eolien-et-le-solaire-adopte-a-l-assemblee-nationale-par-un-vote-conjoint-de-la-droite-et-de-l-extreme-droite_6614663_1653054.html